

URSULA MÄNNLE (CSU)

I. FRAUENPOLITISCHES: POLITIK FÜR FRAUEN! – POLITIK FÜR MÄNNER?! – POLITIK VON FRAUEN!

»Frauen und Männer sind gleichberechtigt« (Art. 3 Abs. II GG). Dieses Grundrecht, als unmittelbar geltendes Recht für alle staatlichen Institutionen bindend, klingt auch 43 Jahre nach seiner Verabschiedung immer noch wie ein Programmsatz. Frauen – dies lehrt die Geschichte in Deutschland, in der alten Bundesrepublik, in der ehemaligen DDR, im wiedervereinten Deutschland – sind ökonomisch und politisch das »schwächere« Geschlecht. Die neuen Frauenbewegungen innerhalb und außerhalb der Parteien haben vieles in Bewegung gebracht, einen gesellschaftsweiten Diskussionsprozeß eingeleitet, Kontroversen provoziert und politisches Handeln initiiert. Frauen-Politik ist auch nach Jahren des öffentlichen Disputes ein Politikfeld mit vielen Fragezeichen. Im folgenden soll eine Annäherung an den Begriff versucht werden, und zwar vorwiegend unter zwei Aspekten: Frauen als Adressatinnen und Frauen als Trägerinnen von Politik. Auf Fragen der Frauenförderung in sowie durch Bildung und Wissenschaft soll am Schluß eingegangen werden.

1. Politik für Frauen – Standortbestimmung

Frauenpolitik ist seit einigen Jahren auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene institutionalisiert; Frauenpolitik ist mittlerweile ministrabel. Damit wurde von offizieller Stelle nicht nur die Notwendigkeit institutionalisierter und staatlicher Frauenpolitik anerkannt, sondern – durch ein eigenes Ressort – deren gesellschaftliche Relevanz unterstrichen. Auch wenn wahltaktische Überlegungen eine Rolle gespielt haben mögen, so ist die Langzeitwirkung – Sensibilisierung der Öffentlichkeit für frauenpolitische Fragen, größere Medienwirkung, mehr Handlungskompetenz, besseres Mitregieren – nicht zu unterschätzen.

a) Gleichheit und Differenz

Warum und wozu wird bzw. muß Frauenpolitik betrieben werden?
Wodurch zeichnet sich dieses Politikfeld aus?

Die Frauenbewegung(en) und die Frauenpolitik(en) eint – trotz aller inhaltlichen und strategischen Differenzen – das Fernziel: reale Chancengleichheit für Frau und Mann, faktische Gleichberechtigung. Frauenpolitik zielt auf die Einlösung des Menschenrechtsversprechens, wonach niemand wegen seines Geschlechts, seiner Rasse, seiner Hautfarbe diskriminiert oder bevorzugt werden darf. *De jure* sind Frauen und Männer in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren gleichberechtigt. Frauen genießen – so der Verfassungstext – die gleichen Rechte wie Männer. Es herrscht Rechtsgleichheit. *De facto* herrschen aber die Männer, ist die Dominanz des männlichen Geschlechts im öffentlichen Leben ungebrochen, werden Frauen immer noch offen oder verdeckt diskriminiert. Frauen erhalten für gleiche oder gleichwertige Arbeit geringeren Lohn, die beruflichen Chancen von Frauen sind – trotz guter Bildungsabschlüsse – weitaus schlechter als die der Männer, in Führungsetagen, egal ob in Wirtschaft, Politik oder gesellschaftlichen Organisationen, sind Frauen eindeutig in der Minderheit. Die Frauenfrage ist angesichts der Kluft zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit vor allem eine soziale Frage. Frauenpolitik ist geschlechtsspezifische Sozialpolitik, ist Interessengruppenpolitik für die Mehrheit mit Minderheitenstatus. Sie ist Politik für die Umsetzung des Gleichberechtigungspostulats, für gleiche Lebenschancen, d.h. für gleiche Entlohnung bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit, für gleiche Aufstiegsmöglichkeiten in der Wirtschaft, für gleichen Einfluß in der Politik und für gerechte Verantwortungsteilung in der Familie. Leitbild und Ziel (frauen)politischen Streitens und Handelns ist eine Gesellschaft, in der die Geschlechtszugehörigkeit eines Menschen nicht mehr seinen sozialen Status definiert.

Das Gleichheits- und Gleichberechtigungspostulat der Frauenbewegung(en) und Frauenpolitik(en) hat insbesondere in den vergangenen Jahren viele Kritiker und Kritikerinnen gefunden. Zu Recht wird gefragt, ob Gleichheit Angleichung an die Männerwelt, ob Gleichheit Nivellierung impliziere, zumindest in der Realität dazu führe. Im führenden Grundgesetzkommentar ist die These zu lesen: »Es ist daran festzuhalten, daß die Gleichberechtigung der Geschlechter über die Gleichwertigkeit der Geschlechter in Menschenwürde und Menschenrecht hinaus (die vom Grundgesetz »zeitlos« gedacht ist) einen spezifisch historischen Ausgangspunkt hat: die Forderung der Frau auf Angleichung an die Mannesstellung.«¹ Sicherlich wirkt die lange Geschichte des Ausschlusses von Frauen aus der öffentlichen Sphäre und der Gleichsetzung von Menschenrechten

¹ Günter Dürig, in: *Maunz-Dürig*, Komm. z. GG, Art 3 Abs. II Rdnr. 11.

mit Männerrechten auch heute noch nach, bestimmen männliche Normen das Innenleben von Organisationen und Betrieben, wird die *männliche* Berufsbiographie als *normale* Berufsbiographie definiert. Gleiche Rechte für Frauen bedeuten sowohl Abbau von frauendiskriminierenden Bestimmungen, Überwindung einer frauendiskriminierenden Praxis als auch Ermöglichung gleichen Zugangs zur öffentlichen (bisher vorwiegend männlichen) Sphäre, Schaffung von gleichen Einstiegs- und Aufstiegschancen für Frauen. Vor allem bedeutet sie Befreiung von Begrenzung und Erweiterung von Freiheit.

Der Gedanke gleicher Rechte basiert auf dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen trotz ihrer individuellen Verschiedenheit. »Gleichheit« ist kein absolutes Prinzip, auch kein fester Maßstab, sondern ein Verhältnisbegriff. (...) sie setzt voraus, daß das zu Vergleichende *an sich verschieden* ist.«²

Bezugs- und Bewertungsgröße für die Forderung nach mehr Frauenrechten bzw. gleichen Freiheitsrechten ist nicht der Mensch Mann. Das Grundgesetz hingegen »statuiert in seiner anthropozentrischen Ausgangsnorm des Art. 1 Abs. 1 auch das letztentscheidende tertium comparationis allen Vergleichens und Unterscheidens: die allen eigene Menschenwürde.«³

Gegen die falsche Gleichung »Gleichberechtigung = Gleichmacherei« setzte sich schon die bekannte Mitstreiterin für Artikel 3 Grundgesetz, Frau *Elisabeth Selbert*, ein. »Es ist ein grundlegender Irrtum, bei der Gleichberechtigung von der Gleichheit auszugehen. Die Gleichberechtigung baut auf der Gleichwertigkeit auf, die die Andersartigkeit anerkennt.«⁴

Damit ist das heute wieder vieldiskutierte Verhältnis von Gleichheit und Differenz, Gleichheit und Andersartigkeit, angesprochen. »Differenz« steht für höchst Unterschiedliches: für die Tatsache historisch gewachsener differenter Lebenssituationen von Mann und Frau, für die Differenzen zwischen Frauen, aber auch für den Versuch einer kollektiven weiblichen Identität (in Abgrenzung zur männlichen Identität). Letzteres ist sicherlich mit der Gefahr verbunden, den herrschenden »Separatis-

² *Ute Gerhard*, Maßstäbe eines anderen Rechts: Über Freiheit, Gleichheit und die Würde der Frauen, in: *Leviathan* 19 (1991) 175 – 191, hier 183.

³ *Günter Dürig*, Art. Gleichheit (II), in : *Staatslexikon der Görres-Gesellschaft*, Bd. II, Freiburg – Basel – Wien, 7. Aufl. 1986, 1068 – 1073, hier 1068.

⁴ *Elisabeth Selbert*, Protokoll der 42. Sitzung des Hauptausschusses vom 18.01.1949, zit. nach: *Barbara Böttger*, Das Recht auf Gleichheit und Differenz. Elisabeth Selbert und der Kampf der Frauen um Art. 3 II Grundgesetz, Münster 1990, 218.

mus« zu perpetuieren, gar eine neue (umgekehrte) Geschlechterhierarchie zu konstruieren. Differenz als soziale Kategorie ist dagegen stärker deskriptiv und analytisch.

b) Halbierte Lebenswelten

In Anbetracht der verschiedenen Lebenssituationen von Frauen und Männern, Folge der Trennung von öffentlicher und privater Sphäre, einer starren Rollen-, Aufgaben- und Verantwortungszuteilung, haben politische Entscheidungen unterschiedliche Konsequenzen für Frauen und Männer. Solange sich die Frauenpolitik auf Gleichheitspolitik im Sinne des gleichen Zugangs zur öffentlichen Sphäre konzentriert, bleibt ein wesentliches Element der Frauenbenachteiligung und der sozialen Ungleichheit zwischen Frau und Mann unberücksichtigt, und zwar die Bewertung der in der Privatsphäre, der Familie, erbrachten Leistungen. – Leistungen, die für die Gesellschaft von hohem Nutzen sind, die aber von der Gesellschaft nur minimal honoriert werden.

Männerkarrieren heute sind – wie vielfach beschrieben – meist Eineinhalbpersonenkarrerien. Männer werden nicht nur von familiären Aufgaben entlastet, sondern können auch auf familiäre Unterstützung zählen, um sich ganz der beruflichen Karriere zu widmen. Prägnant formuliert dies *Cornelia Klinger*: »Männer *haben* in der Privatsphäre eine Ressource, Frauen hingegen *sind* die Ressource, über die Männer in der Privatsphäre verfügen.«⁵ Beruf und Familie heißt für Frauen Beruf plus Familie, Doppel- oder gar Dreifachbelastung. Engagement für die Familie zählt bei Arbeitnehmerinnen als Malus, bei Arbeitnehmern als Bonus. Hat der Manager Familie, so stimmt das Erscheinungsbild, hat die Managerin Familie, so stört es das Karrierebild.

Soll die starre Zweiteilung in eine private und eine öffentliche Sphäre – wesentlicher Hemmschuh für die faktische Gleichberechtigung – überwunden werden, so ist eine Neudefinition des Arbeitsbegriffs unumgänglich. In dieser Frage scheiden sich in der Frauenbewegung die Geister. Sehen die einen in einer Aufwertung des privaten Arbeitsbereichs ein konservatives Manöver zur Stabilisierung des Status quo, setzen andere auf das gesellschaftsverändernde Potential, auf die Chance, die bestehende Geschlechterdifferenz zu überwinden.

⁵ *Cornelia Klinger*, Welche Gleichheit und welche Differenz?, in: *Ute Gerhard/Mechtild Jansen/Andrea Maihofer/Pia Schmid/Irmgard Schultz* (Hg.), *Differenz und Gleichheit. Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht*, Frankfurt/M. 1990, 112–119, hier 114.

Uausgesprochen verbinden wir mit Arbeit Erwerbsarbeit, die materiell entlohnte Leistung, die – insbesondere in der Gesellschaft der harten Währung – mehr gesellschaftliche Wertschätzung genießt, sieht man von Sonntagsreden einmal ab. Der Marktwert einer Arbeit fungiert als die entscheidende Bemessungsgrundlage, erst an zweiter Stelle die individuelle Leistung, sofern diese öffentlich erbracht wird. Der Sozialwert einer Arbeit rangiert weit hinten. Die Gesellschaft profitiert von der Familienarbeit, da die Vorteile sozialisiert werden; die Familienarbeiter(innen) verlieren, weil die Lasten privatisiert werden. In einer Gesellschaft, in der Erwerbs- und Familienarbeit als zwei voneinander unabhängig existierende Welten mit eigener Gesetzlichkeit betrachtet werden, erscheinen familiäre Verpflichtungen daher zwangsläufig als Störfaktoren, als Beeinträchtigungen eines formalisierten und durchrationalisierten Arbeitsprozesses. Kinder und Familie sind Sand im Getriebe der Wirtschaft.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eigentlich ein gemeinschaftlich zu lösendes Problem, wird – angesichts der innerfamiliären Aufgabenteilung – leider auf ein frauenpolitisches Problem verkürzt. Solange die familienpolitische Komponente der Frauenpolitik aber ungelöst bleibt, wird sich an der arbeitsmarktpolitischen nichts Substantielles ändern. Notwendige Instrumente einer Politik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und zwar für beide Geschlechter, sind: finanzielle und ideelle Anerkennung von Familienarbeit, z.B. durch Erziehungsurlaub, eigenständige soziale Sicherung derjenigen, die Familien- und Pflegearbeit leisten, effektive berufliche Reintegrationsmöglichkeiten nach einer Familienphase, Flexibilisierung der Arbeitszeit, bedarfsorientierte soziale Infrastruktur, Flexibilisierung der Öffnungszeiten von öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen.

Gleichberechtigung der Frau klingt in vielen Männerohren wie eine Bedrohung. Einfluß und Macht sollen und müssen geteilt werden. Bewährte Karrieremuster und altgewohnte Verhaltensweisen werden in Frage gestellt, das Selbstverständnis von Männern gerät ins Wanken. Die Erweiterung der Chancen von Frauen korrespondiert aber keineswegs – wie oft unterstellt – mit einer Minderung oder gar einem Verlust der Chancen für Männer. Bislang sind Männer gewohnt, ihre Karriere auf der Überholspur, ohne Umkehrnotwendigkeit, aber auch ohne Möglichkeit des Wechsels zu fahren.

Frauen dagegen werden auf den »mummy track« verwiesen – volles Tempo in der Familie, vermindertes Tempo in der Berufswelt, permanenter Seitenwechsel. Fahren nur Frauen zweigleisig, so wird sich das Gleichberechtigungspostulat für beide Geschlechter nur schwer umset-

zen lassen. Die Öffnung der Berufswelt für Frauen muß einhergehen mit der Öffnung der Familienwelt für Männer. Frauenpolitik erweist sich bei näherer Betrachtung als »Neue-Männerpolitik«. Die Frauenfrage ist auch eine Männerfrage.

c) Gesellschaftlicher Rollen- und Strukturwandel

Frauenpolitik weist in doppeltem Sinne über eine Politik für Frauen hinaus. Als geschlechtsspezifische Sozialpolitik, als Interessengruppenpolitik für Frauen, zielt sie auf Einlösung des Gleichberechtigungspostulats, auf gleiche Macht- und Verantwortungsverteilung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Hier sind vor allem die Verbesserung der bildungspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Instrumente (Maßnahmen gegen mittelbare Diskriminierung, Frauenförderung) notwendig. Eine größere Partizipation von Frauen in der öffentlichen Sphäre verändert – wenn auch im Schneckentempo – das Innenleben von Organisationen und Familien. Frauen reklamieren z.B. in der Wirtschaft mehr Familienfreundlichkeit, von den Familienmitgliedern mehr Rücksichtnahme auf ihr berufliches Engagement. Quantitative Veränderungen können und werden qualitative initiieren.

Indem Frauen das Private als politische Frage bestimmen, den Familienbereich auch zur öffentlichen Angelegenheit erklären, d.h. eine Neubestimmung und -ordnung der Arbeitsgesellschaft fordern, wird Frauenpolitik zum Synonym für eine neue Gesellschaftspolitik, für eine neue Kultur des Zusammenlebens.

»Die Emanzipation der Frauen soll nicht nur *formale* Gleichberechtigung herstellen, männliche Vorrechte beseitigen, sondern konkrete, von männlichen Monopolen geprägte Lebensformen umstürzen. Im übrigen verfügen die Frauen aus dem historischen Erbe der geschlechtlichen Arbeitsteilung, der sie in der bürgerlichen Kleinfamilie unterworfen waren, über Kontrasttugenden, über ein zur Männerwelt komplementäres, der einseitig rationalisierten Alltagspraxis entgegengesetztes Wertregister.«⁶ Die Frauenfrage als Wertfrage, von *Habermas* undifferenziert als »partikularistischer Kern« des Feminismus bezeichnet, könnte aber gerade den herrschenden Separatismus überwinden helfen.

Die langfristigen Folgen einer schrittweisen Lockerung bzw. Beseitigung der Grenzmarken zwischen öffentlicher und privater Sphäre, einer

⁶ *Jürgen Habermas*, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Frankfurt/M. 1981, 579.

Rollenflexibilisierung, einer Erweiterung der Tätigkeitsfelder und Handlungsmöglichkeiten für beide Geschlechter liegen gerade in der Aufhebung der Polarität von Wertsystemen. Arbeitswelt beinhaltet für viele funktionale Rationalität, Formalisierung, Hierarchie, Unterordnung des Menschen unter die Gesetze der Technik, Konkurrenz, Leistung; Familienwelt hingegen emotionale Zuwendung, Verständnis, Rücksichtnahme. Die weibliche Sicht der Dinge – so *Hagemann-White* – weist nicht »per se schon den Königsweg zur Weltverbesserung«, denn weibliche Werte seien »ihrerseits einseitig hochgezüchtet, ergänzungs- und erweiterungsbedürftig«. ⁷ Ein Rollen- und Strukturwandel unserer Gesellschaft könnte aber einen fundamentalen Wertewandel initiieren. Das Fernziel könnte sein: Herstellung einer Synthese von (veränderten) Normen der Arbeitswelt und Werten der Familienwelt.

Indem Frauen ihr Recht auf öffentliche Partizipation sowie das Recht und die Pflicht der Männer auf familiäre Partizipation einklagen, wird die Freiheitsidee der Aufklärung, der Gedanke der Selbstbestimmung, revitalisiert und neu bestimmt.

Wahlfreiheit ist der Zentralbegriff der neuen Frauenpolitik. Wahlfreiheit bietet eine theoretisch-programmatische Klammer für ein breit angelegtes Maßnahmenpaket zur Beseitigung beruflicher und gesellschaftlicher Benachteiligungen der Frauen sowie familiärer Benachteiligung der Männer. Einlösbar ist die Zauberformel jedoch nur durch einen grundlegenden Struktur- und Rollenwandel innerhalb der Gesellschaft. Frauenpolitik ist somit Instrument zur Überwindung der dualen Gesellschaft, der Gesellschaft der zwei Welten, und Entwurf einer (wirklich) pluralen Gesellschaft.

2. Anmerkungen zur CSU-Frauenprogrammatische – von der Familienfrau zur Wahlfreiheit

Grundsatzprogramme liefern nicht nur Handlungsanleitungen für die politische Praxis. Sie sind Dokumente des Selbstverständnisses einer Partei und sie reflektieren die Bewußtseinslage eines Teils der Bevölkerung. Anhand der Geschichte der frauenpolitischen Programme lassen sich besonders deutlich die Werteverstärkungen innerhalb der Bevölke-

⁷ *Carol Hagemann-White*, Wandel der politischen Kultur durch Gleichstellung von Frau und Mann, Vortrag gehalten auf dem Bundesdelegiertentag der Frauenvereinigung der CDU/28.09.1985, abgedruckt in: *Frauenvereinigung der CDU* (Hg.), Partnerschaft 2000, Bonn o. J., 49 – 62, hier 58.

rung und Veränderungen im sozioökonomischen Status von Frauen nachzeichnen.

Welches Frauenbild vertritt die CSU? Ein kurzer Rückblick zeigt, welchen weiten Weg die CSU zurücklegen mußte, bis sie divergierende frauenpolitische Forderungen programmatisch vereinte und ein »geschlossenes«, weil plurales Frauenprogramm entwarf.

Bis Ende der 60er Jahre wurde in der Programmatik der CSU (und der CDU) Gleichberechtigung von Frauen als Verteilung von klar abgrenzbaren Rollen für Frau und Mann definiert, die öffentliche Sphäre den Männern, die private Sphäre den Frauen zugeordnet. Der erste Platz auf der politischen Werteskala gehörte – nicht nur aus der Perspektive führender Parteitheoretiker – der Frau als Hausfrau und Mutter, die – sofern es die wirtschaftliche Lage erforderte – auch als Mitarbeiterin im außerhäuslichen Berufsleben nicht ungerne gesehen, zumindest toleriert wurde. Die 70er und 80er Jahre markieren eine frauenpolitische Wende für die CSU. Das neue Konzept der »Wahlfreiheit« für Frauen, mit zeitlicher Verzögerung ergänzt durch die Wahlfreiheit für Männer, bedeutete eine klare Absage an überkommene verbindliche Leitbilder, ohne der Gefahr einer ideologischen Gleichmacherei zu erliegen. Wahlfreiheit für Frauen und Männer bedeutet, Sich-entscheiden-Können für unterschiedliche Lebenswege, für eine ausschließliche Erwerbstätigkeit, für eine Kombination von Familie und Beruf, sei es im zeitlichen Neben- oder Nacheinander, für eine ausschließliche Familientätigkeit. »Wahlfreiheit« bedeutet eine radikale Wende im Geschlechterverhältnis, das Ende der Geschlechtsrollenstereotypen. Wie der Entwurf des neuen Grundsatzzprogramms zeigt, wird von der CSU zur Erreichung des Fernziels ein umfassendes und vielseitiges politisches Handlungskonzept unterbreitet: Erweiterung des Berufsspektrums für Frauen, gezielte Arbeitsmarktpolitik, Frauenförderpläne, weitere Verbesserungen des Familienlastenausgleichs, Ausbau der sozialen Sicherheit für diejenigen, die in den Familien die Hauptverantwortung tragen.

Anzumerken ist, daß kaum Nachholbedarf in frauenpolitischer Theorie besteht, sondern in frauenpolitischer Praxis. Es gilt heute, die Versprechen von gestern einzulösen, Frauen in den Parteien stärker zu fördern, Programmatisches endlich als Vorgriff auf die Praxis von morgen zu verstehen, heute (endlich) mit der Umsetzung zu beginnen.

3. Frauenpolitik als Politik von Frauen

Die Forderung, »Mehr Frauen in die Politik«, ein Gebot der Gleichberechtigung, wird von vielen mit der Hoffnung auf eine qualitative

Veränderung der Politik, auf eine grundlegende politische Neuorientierung, verbunden. Gibt es eine weibliche Politik? Gestalten Frauen eine andere Politik? – So lauten Buch- und Veranstaltungstitel.

Viele Politikerinnen begründen ihr politisches Engagement, ihre Kandidatur für politische Funktionen und Ämter nicht nur damit, daß sie Sprachrohr für die bislang Sprachlosen bzw. Überhörten, sondern auch »Repräsentantinnen« einer neuen Politik, insbesondere eines neuen politischen Stils seien. Häufig werden als Motive für die politische Arbeit genannt: das Bedürfnis, anderen zu helfen, gegen soziale Ungerechtigkeit zu kämpfen, die Diskriminierung benachteiligter Gruppen in der Gesellschaft aufzuheben, Gewaltherrschaft in Zukunft zu verhindern, insgesamt mehr Demokratie zu verwirklichen. Dies sind sicherlich auch Themen, die in Interviews von Männern genannt werden bzw. werden könnten.

Man (und frau) sollte sich davor hüten, zwei klar voneinander trennbare (biologisch determinierte) Gruppen mit eindeutigen Einstellungs- und Verhaltensmustern zu bilden. Es geht um unterschiedliche Politikprofile, die aus unterschiedlichen Aufgabenbereichen und Zuständigkeiten resultieren. Nicht selten sind öffentlich vorgetragene Rechtfertigungen für politisches Engagement nachträgliche, wohlklingende Erklärungen für Zufallserscheinungen. (Für Politikerinnen ist der politische Beruf oft ein Beruf auf Umwegen, kein bewußt und langfristig geplanter Karriereschritt).

a) Ein ambivalentes Verhältnis zur Macht

In Umfragen bestätigt sich, daß Frauen ein ambivalentes Verhältnis zur Macht haben. Macht wird assoziiert mit Herrschaft über Menschen, mit Über- und Unterordnung, Bevormundung, Gewalt, Machtmißbrauch, aber auch Ohn-Macht. Macht, so läßt sich resümieren, ist negativ besetzt. Häufig klingt die Definition von *Max Weber* an, wonach Macht »jede Chance (ist), innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.«⁸ (Männliche) Macht wird vor allem als Macht besitzen, Macht haben verstanden; Macht um der Macht willen; Macht als Selbstzweck, gerichtet auf Prestigegenuß und -gewinn derjenigen, die Macht ausüben. Dagegen betonen Frauen Macht als Gestaltungsmacht, als Mittel und Chance, Neues in der Politik umzusetzen. Zentral ist die Frage, wie

⁸ *Max Weber*, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen, 5. Aufl. 1972, 28.

Macht verstanden (als bloßes Instrument einzelner oder als Ausdruck einer nichthierarchisch organisierten sozialen Gruppe), wie Macht legitimiert, strukturiert und genutzt wird.

Die historische Rolle der Frau – Trägerin von Machtpositionen zweiten Ranges und von wichtigen Entscheidungszentren ausgeschlossen – liefert insofern eine Chance für Frauen, als sie aus einer kritischen Distanz sowie aufgrund ihrer vorherigen Beobachter-, aber auch Betroffenenposition neue Akzente setzen können. Als »newcomer«, als »Fremde in ihrer eigenen politischen Gemeinschaft«⁹ stellen Frauen – abgesehen von einigen Beispielen der Überanpassung, des hyperkorrekten politischen Verhaltens, der Vermännlichung – die herrschenden Rituale und das herrschende Politikverständnis zumindest partiell in Frage. Zutreffend wird in Untersuchungen darauf hingewiesen, daß das Neue in der Politik vor allem an der Ablehnung der alten Politik festzumachen sei: gegen Hierarchisierung und Bürokratisierung, gegen die Abgehobenheit der Politik, vor allem von der Lebenspraxis, vom Lebensalltag, und gegen die Abspaltung von Gefühlen.¹⁰ Häufigster Kritikpunkt ist die »Apparatschik-Manier« der Mächtigen (Männer), die Reduzierung von Politik auf eine virtuose Handhabung von Strategie und Taktik, die Verselbständigung des Politischen als Geschäft, die Entwertung der Sache, der Mangel an direkter Handlungsorientierung. Damit eng verbunden sind die politische Sprache, vor allem der Zwang zur politischen Selbstdarstellung, sowie der Druck, in einer Mediengesellschaft stärker auf Effekte denn auf Inhalte achten zu müssen.

Vor allem genießen Männer in der Politik den entschiedenen Vorteil eines Heimspiels. Sie verfügen über ein gut ausgebautes Netzwerk, verstehen sich bestens auf die Politik des »do-ut-des«, vor allem wissen sie um die Vorteile einer Konkurrenz in Solidarität. Frauen, die Minderheit in der Politik, abhängig von der Unterstützung der Mitstreiterinnen, haben erst spät gelernt, sich zu organisieren, zu solidarisieren, gemeinsam zu agieren. Die Ursachen sind vielfältig: Die Großgruppe Frau ist – aufgrund

⁹ *Bärbel Schöler-Macher*, Fremd(körper) in der Politik. Die Normalität des politischen Alltags in Parteien und Parlamenten aus der Sicht von Frauen, in: *Frauenforschung* (1991), Heft 1+2, 98 – 116; *dies.*, Elite ohne Frauen. Erfahrungen von Politikerinnen mit einer männlich geprägten Alltagswirklichkeit in Parteien und Parlamenten, in: *Thomas Leif/Hans-Josef Legrand/Ansgar Klein* (Hg.), *Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand*, Bonn – Berlin 1992, 405 – 422.

¹⁰ *Brigit Meyer*, Die »unpolitische« Frau. Politische Partizipation von Frauen oder: Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zum Parlament), B 25–26/92, 3 – 18; *Bärbel Schöler-Macher* (Anm. 9); *Inge Volk* (Hg.), *Gibt es eine weibliche Politik? Gespräche mit Politikerinnen*, Weinheim – Berlin 1992.

der differenten Interessen von Frauen nur schwer als »Kampfgruppe« zu organisieren. Frauen sind mit denjenigen, deren Macht sie beschneiden wollen, als (konkurrierende) Partnerinnen eng verbunden, leben vielfach mit dem anderen Geschlecht, der »Gegengruppe«, in einer Hausgemeinschaft zusammen.¹¹

b) Andere Politik – bessere Politik?

Frauen setzen aufgrund ihrer traditionellen Aufgabenbereiche, das Soziale und die Familie, neue Akzente in der Politik. Sie betonen die sozialen Folgekosten von politischen Entscheidungen, problematisieren die Auswirkungen administrativer Maßnahmen auf das Zusammenleben in Familien, sind bemüht, auch in äußerst schwierigen und verfahrenen Situationen einen für die Praxis notwendigen Kompromiß zu erarbeiten, sind eher gewillt, mit Andersdenkenden um der Sache willen zu kooperieren. Mit zunehmendem Frauenanteil nimmt der Alltag Einzug in die Politik. Das Neue der Frauenpolitik ist die Nähe zum Alltagsleben. Kinderbetreuung, soziale Sicherung für Familienarbeiter(innen), Sicherheit auf den Straßen – dies sind nur einige Themen, die vor allem von Frauen aufgegriffen werden.¹²

Trotz unbestreitbarer Veränderungen von Politik durch Eintritt von Frauen in die Politik muß vor zu großen Erwartungen gewarnt werden. Einige glauben, daß Frauenpolitik – Politik von Frauen – eine Zeitenwende bedeuten, den Beginn des Zeitalters der sozialen Verantwortung, des Ausgleichs zwischen Ökonomie und Ökologie markieren könnte. Frauen, in der Vergangenheit gerne als Lückenbüsserinnen für personelle Engpässe in der Wirtschaft umworben, sind aber keine soziale Feuerwehr, keine Notbremse für eine verfahrenere Politik, verkörpern nicht allein das moralische Gewissen der Nation. Den Frauen die Funktion von modernen Krisenmanagerinnen, von sozialen Friedensstifterinnen zuzuordnen zu wollen, bedeutete nicht nur Überforderung von Frauen,

¹¹ *Klaus von Beyme*, Feministische Theorie der Politik zwischen Moderne und Postmoderne, in: *Leviathan* 19 (1991) 208 – 228, hier 210.

¹² Daß Frauen einen Unterschied in der Politik machen, wird auch in einer neuen, empirischen Untersuchung des Center for the American Woman and Politics bestätigt. »We can go so far as to say that having more women in public office is bringing new perspectives to issues, new issues onto the docket, and different priorities, values, or emphases – perhaps even different styles of leadership – into the public policy arena.« *Ruth B. Mandel/Debra L. Dodson*, Do Women Officeholders Make a Difference?, in: *Paula Ries/Anne J. Stone* (Ed.), *The American Woman 1992–93. A Status Report*, New York – London 1992, 176.

sondern auch eine gefährliche Wiederauflage des Denkens in Schablonen, des Zwei-Welten oder Zwei-Kulturen-Theorems.

Sicherlich ist es kein Zufall, daß gerade heute, in einer Zeit, in der sich die Politik einem erheblichen Vertrauensverlust ausgesetzt sieht, in welcher über einen Paradigmawechsel in der Politik diskutiert wird, Frauen in der politischen Theorie und in der politischen Praxis hoffähig werden.

Angesichts der neueren Forschung zum Politikverständnis von Frauen ist (noch mehr) Vorsicht gegenüber einfachen Erklärungen für die geringe Repräsentanz von Frauen in der Politik, wie mangelnde Motivation und Interesse, angebracht. Frauen – dies belegen neuere Umfragen¹³ – interessieren sich weniger für *die* Politik. Meinen Frauen die hohe(?), die institutionalisierte(?), die bürgerferne(?) Politik? Kritisch zu fragen ist, ob durch andere Fragestellungen andere demoskopische Ergebnisse erzielt werden könnten. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür.

II. FRAUEN IM BILDUNGS- UND WISSENSCHAFTSBETRIEB

»Non scholae, sed vitae discimus«.

Dieser Satz klingt allen vertraut, erinnert er doch an die wiederholten Ermahnungen während der Schulzeit, wenn der Eifer angesichts der zahlreichen außerschulischen Verführungen nachließ. Er erinnert an den doppelten Auftrag der Schule: Vermittlung von notwendigem Wissen für den späteren Beruf, aber auch Persönlichkeitsbildung. Schule, die Institution der Wissensvermittlung, ist der zentrale Ort der Vergabe von Berufs- und somit wichtigen Lebenschancen. In den Bildungseinrichtungen werden entscheidende Weichen für die Zukunft jedes einzelnen gestellt. Bildungsabschlüsse sind zwar keine hinreichenden, aber doch notwendige Bedingungen für beruflichen Erfolg. Insbesondere Mädchen und Frauen wissen um die Probleme, ihr Bildungskapital in Berufs- und Karrierekapital umzusetzen.

1. Schulische und berufliche Bildung

In den letzten Jahrzehnten hat sich im »Geschlechterverhältnis« Grundlegendes verändert. Frauen melden heute deutlicher denn je ihren Anspruch

¹³ *Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, Sonderheft Frauen Europas, Nr. 35, Frauen und Männer im Europa der Gegenwart. Ihre Einstellung zu Europa und zur Politik, Mai 1991.

auf gleiche Chancen in Wirtschaft und Gesellschaft an, fordern eine Neuverteilung von familiärer Arbeit. Bildung spielt dabei eine zentrale Rolle.

Noch nie gab es so viele gut ausgebildete Mädchen und Frauen, aber noch nie war die Schere zwischen Bildungs- und Ausbildungsgrad und Karrierechancen so groß, war die strukturelle Diskriminierung von Frauen so offenkundig.

Junge Frauen liegen bei der höheren Allgemeinbildung vorn, in der Berufsausbildung, im Studium und in der Weiterbildung haben sie das männliche Geschlecht noch nicht eingeholt, und an der Spitze der Bildungshierarchie, unter den Hochschullehrern, bilden sie nach wie vor eine winzige Minderheit.¹⁴

Der pyramidenartige Aufbau der Frauen(Bildungs- und Wissenschafts-)gesellschaft wird durch Zahlen für das Jahr 1990 bzw. 1991 gut illustriert:¹⁵ Der Anteil von Mädchen an Schulabgängern mit Hochschulreife von allgemeinbildenden Schulen beträgt 50,7%. 41,1% (40,8% in den alten Bundesländern, 43,4% in den neuen Bundesländern) der Studienanfänger sind Frauen; der Frauenanteil im akademischen Mittelbau liegt bei 20,2%, an der Professorenschaft bei 5% (an C 4-Professuren bei 2,6%). Die Zahlenangaben für die ehemalige DDR differieren erheblich. Ein Vergleich mit der alten Bundesrepublik ist wegen der unterschiedlichen Struktur des Hochschulwesens problematisch. Die Politisierung der Wissenschaft und die (formale) Akademisierung von Parteifunktionären sind gleichfalls zu berücksichtigen. Trotz hehrer frauenpolitischer Bekenntnisse und trotz hoher Bildungspartizipation waren Frauen in der TopEbene des Wissenschaftsbetriebs in der ehemaligen DDR in der Minderheit.¹⁶

Je höher die Karrieresprosse, desto dünner wird die Luft für Frauen, nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in Wirtschaft, Verwaltung, Handel.

In der beruflichen Bildung haben Frauen in den letzten Dekaden erheblich aufgeholt. Betrug der Anteil von Mädchen im dualen Ausbildungssystem in den 70er Jahren erst 35%, erhöhte er sich bis 1990 auf 43%. Kaum verändert hat sich aber die Konzentration von Mädchen auf typische

¹⁴ Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000. Schlußbericht der Enquete-Kommission des 11. Deutschen Bundestages, Bonn 1990, 328.

¹⁵ Die Daten beziehen sich auf die alten Bundesländer, sofern keine anderen Angaben gemacht werden.

¹⁶ Gunnar Winkler (Hrsg.), Frauenreport '90 (im Auftrag der Beauftragten des Ministerrates für die Gleichstellung von Frauen und Männern), Berlin 1990, 95.

Frauenberufsfelder, Berufe mit schlechter Bezahlung, meist geringeren Weiterbildungs- und Aufstiegschancen. (Aber nicht die Konzentration allein, sondern die Konzentration auf Berufe mit niedrigem Stellenwert in der Berufshierarchie ist entscheidend. Auch Jungen konzentrieren sich auf wenige Berufe, aber auf Metall- und Elektroberufe, auf Berufe mit hoher Reputation).

Trotz erheblicher Anstrengungen während der vergangenen Jahre, den Anteil von Frauen in sogenannten Männerberufen zu steigern, wie z. B. Computerkurse für Mädchen, Werbeoffensiven, Modellversuche zur Erschließung gewerblich-technischer Ausbildungsberufe für Mädchen, stimmen die Veränderungen bzw. die kleinen Erfolge keineswegs optimistisch. Zwar nahm die Anzahl typischer Männerberufe signifikant ab (zwischen 1977 und 1990 um 25%), aber weibliche Azubis konzentrieren sich auf wenige (traditionelle) Männerberufe, so z. B. Gärtner, Koch, Konditor, Restaurantfachmann, Bäcker, Tischler, Dienstleistungsfachkraft im Postbetrieb. Diese Berufe liegen in den unteren Hierarchieebenen der Männerberufe, bieten wenig Aufstiegschancen. Sie sind mit traditionellen Familienbildern eng verbunden.

Deutlich überrepräsentiert sind Mädchen in der schulischen Berufsausbildung (90%), der vollzeitschulischen Ausbildung mit Berufsabschluß, vorwiegend im Gesundheits- sowie Pflegebereich. Oft werden hier keine Ausbildungsvergütungen gezahlt, ja es muß Schulgeld entrichtet werden, das Durchschnittsgehalt liegt erheblich niedriger.

Eine effektive Gleichberechtigungspolitik muß sehr früh ansetzen. Auch wenn dies schon zu den Standardformeln frauenpolitischer Debatten gehört, so ist immer wieder darauf hinzuweisen, daß ein grundlegender Bewußtseinswandel initiiert werden muß, im Elternhaus, in der Schule, in den Betrieben. In einer freiheitlichen Demokratie sind die politischen Beeinflussungsmittel vor allem auf Überzeugungsarbeit begrenzt. Ausgeweitet werden müssen die regionalen und überregionalen Aufklärungs- und Werbekampagnen, die Orientierungskurse an den Schulen, die Betriebspraktika sowie das Mentorensystem für Studentinnen aus technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen. Gezielt sollten Mädchen auch in Anzeigen angesprochen werden, zumindest müssen die Ausschreibungen geschlechtsneutral formuliert sein.

Vor allem aber müssen die Hürden beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf beseitigt werden. Frauen werden nur dann zukunftsträchtige (Männer-)Berufe wählen, wenn das Berufsfeld auch ihnen berufliche Perspektiven verspricht.

Die Öffnung der Männerberufe für Frauen ist nur ein Schritt zur Überwindung des geschlechtsspezifisch geteilten Arbeitsmarktes. Die Frauenberufe – in der Mehrzahl soziale Berufe – bedürfen dringend der sozialen Aufwertung. Bessere Bezahlung und familienfreundlichere Arbeitszeiten sind notwendig, um die Attraktivität dieser Berufe zu erhöhen.

Das Prinzip »Koedukation«, in den 70er Jahren als Fortschritt gefeiert, wird heute kritisch beleuchtet. Die Versprechen von gestern – Abbau von Vorurteilen und Aufhebung des traditionellen Rollenbildes für Frau und Mann – konnten nicht eingelöst werden. Statt »Koedukation« – so lautet der Hauptvorwurf – finde »Koinstruktion« statt. Es seien keine curricularen Reformen vorgenommen worden, das weibliche Geschlecht werde mit dem bisherigen (männlichen) Lehrplan unterrichtet. Zielgruppenspezifischer Unterricht heißt vor allem, daß stärker die Interessen von Mädchen berücksichtigt werden müssen, daß Abweichungen vom Grundprinzip »Koedukation« erlaubt sind, daß geschlechtsspezifische Kurse, z.B. im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, angeboten werden sollten. Schule, eine wichtige Sozialisationsinstanz, muß auch stärker dem Ziel »Erziehung zu mehr Partnerschaft« verpflichtet werden. Vorbereitung auf das Leben darf heute nicht mehr heißen Vorbereitung auf die traditionelle Männer- und Frauenrolle. Bildung ist an den Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz – Männer und Frauen sind gleichberechtigt – gebunden. Denn: Eine Gesellschaft ist so gleichberechtigt, wie die Bildner die Lernenden auf die Gleichberechtigung vorbereiten. Die Zeit drängt, die Ergebnisse der Schulbuchforschung endlich in die Praxis umzusetzen.

2. *Frauenförderung in der Wissenschaft*

Wissen ist Macht! Ist Wissen der Schlüssel zur Wissenschaft? Mit dem Wissen verhält es sich wie mit dem Recht. Recht haben und Recht bekommen sind bekanntlich zwei verschiedene Dinge. Insbesondere Frauen erfahren, daß Wissen allein nicht ausreicht. Wissenschaftlerinnen brauchen – um in der Wissenschaft voranzukommen – die Macht der Professoren.

Worin bestehen die Gründe für die Diskrepanz zwischen hohen Studentinnenzahlen und geringen Professorinnenzahlen? Es werden sowohl mehr oder weniger gut begründete Thesen und Hypothesen als auch empirisch fundierte Belege präsentiert. Frauen – so lautet eine alte, aber schon längst widerlegte Behauptung – seien trotz guter Bildung, bedingt durch ihre Sozialisation, erfolgs- und karrierescheu, setzten andere

Prioritäten, engagierten sich nicht mit voller Kraft für Wissenschaft und Forschung. In neueren Untersuchungen werden vor allem genannt: Männer, die Verantwortlichen im universitären Bereich, seien – bedingt durch ihre Sozialisation – nicht bereit, Frauen zu fördern; Frauen verfügten über kein universitäres Netzwerk; die inneruniversitären Auswahlkriterien, wie Dauer der Zugehörigkeit, geringe Fehlzeiten, seien für die Frauenkarrieren, die Karrieren auf Umwegen, hemmend.

Trotz leichter Veränderungen bei der jüngeren Generation, die sich bewußt für Familie *und* Beruf entscheiden möchten, so die neueste Studie von *Corinna Onnen-Isemann* und *Ursula Oßwald*, sei für die heutige Professorinnengeneration Karriere und Kinderlosigkeit bzw. Familienlosigkeit charakteristisch.¹⁷

Um die Situation von Wissenschaftlerinnen entscheidend zu verbessern, ist ein Bündel von Maßnahmen notwendig: vor allem gezielte Frauenförderung und Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Den vielen politischen Versprechen sind schon Taten gefolgt. Einige Beispiele:

1985 wurde in § 2 des Hochschulrahmengesetzes folgender Passus aufgenommen: »Die Hochschulen wirken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf die Beseitigung der für Wissenschaftlerinnen bestehenden Nachteile hin.«

§ 2 HRG wird oft unterschätzt, für viele Frauenrechtlerinnen ist er bloße Emanzipationsrhetorik. Zu Recht wird aber darauf hingewiesen, daß damit strukturelle Diskriminierung von Frauen von oberster Stelle »anerkannt« wird. »Für die vormals unerhörte Behauptung, daß Frauen in den Hochschulen benachteiligt werden bzw. daß es spezifische Nachteile für Wissenschaftlerinnen gibt, streitet nunmehr eine gesetzliche Vermutung.«¹⁸

Im Zweiten Hochschulsonderprogramm, verabschiedet 1990, sind für frauenfördernde Maßnahmen 700 Mio DM vorgesehen. Z.B.:

- Stärkere Förderung weiblicher Promovenden durch die Begabtenförderungswerke und die neugeschaffenen Graduiertenkollegs, Kinderbetreuungszuschüsse in Höhe von DM 300, 400, 500 je nach Kinderzahl pro Monat.

¹⁷ *Corinna Onnen-Isemann/Ursula Oßwald*, Aufstiegsbarrieren für Frauen im Universitätsbereich, Bonn 1992, 41 ff., 79 ff.

¹⁸ *Margot Gebhardt-Benischke/Ingeborg Stahr*, Was an der Frauenfrage nicht mehr fraglich ist. Vom Machtverhältnis zum Rechtsverhältnis und Verfahren, in: *dies.* (Hrsg.), Frauenpolitik im Wissenschaftsbereich. Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten im Hochschul- und Wissenschaftsalltag, Alsbach/Bergstr. 1991, 79 – 93, hier 87.

- Rund die Hälfte der Mittel, die die Deutsche Forschungsgemeinschaft zur Förderung von Habilitationen enthält, soll Frauen zugutekommen.
- Kontakt- und Wiedereinstiegsstipendien sowie finanzielle Mittel für Werkverträge sollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wesentlich erleichtern.

Im 20. Rahmenplan für den Hochschulbau (Juni 1990) wurde zum ersten Mal der Bau von Kindertagesstätten grundsätzlich als mitfinanzierungsfähig ausgewiesen. Im 21. Rahmenplan für den Hochschulbau, gültig für den Zeitraum 1992 bis 1995, heißt es: »Insbesondere zur Sicherung der wissenschaftlichen Qualifikation von Frauen und zur Gewinnung von Pflegepersonal in Hochschulkliniken können im Rahmen der Hochschulbauförderung vermehrt Kindertagesstätten in den Hochschulen eingesetzt werden. Der Zielsetzung der Verbesserung der Situation von Frauen ist Rechnung zu tragen.«

Zeiten der Beurlaubung wegen der Betreuung und der Pflege eines Kindes unter 18 Jahren werden im Einvernehmen mit den betreffenden Wissenschaftlerinnen nicht auf die Dauer eines befristeten Arbeitsverhältnisses angerechnet. Dies gilt nun auch für Teilzeitbeschäftigte.

3. Frauenförderung durch Frauenforschung?

Seit den 70er Jahren ist Frauenforschung – wenn auch erst ansatzweise institutionalisiert – ein prosperierender und sich ständig differenzierender Zweig in der Wissenschaftslandschaft. Was kann Frauenforschung – Forschung über Frauen von Frauen¹⁹ – für die Umsetzung des Gleichberechtigungspostulats leisten?

Frauenforschung als Spezialgebiet kann die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leistungen von Frauen in der Geschichte aufarbeiten, die Benachteiligungen für Frauen analysieren, Forderungen an die politische Praxis formulieren und somit Perspektiven für die Praxis (mit)entwickeln.

Sie liefert durch die Analyseergebnisse Einsichten in die Unterdrückungsmechanismen, kann indirekt Wege aus der Unterdrückung aufzeigen, vor allem aber kann sie durch »Sichtbarmachung« der Frau in der Geschichte Frauen zu politischem und gesellschaftlichem Engagement ermutigen.

¹⁹ Umstritten ist, ob Männer Frauenforschung betreiben können. *Sigrid Metz-Göckel*, »Frauenforschung« ist nicht bloß Frauenforschung. Feministische Wissenschaft und Frauenstudien, in: *Margot Gebhardt-Benischke/Ingeborg Stahr* (Hg.), *Frauenpolitik* (Anm. 15) 31 – 78, 32 ff.

Der weibliche Blickwinkel in der Wissenschaft soll aber nicht nur bisherige Forschungslücken schließen, Forschung über Frauen betreiben, (feministische) Frauenforschung versteht die weibliche Sicht als eine neue Wissenschaftsperspektive. Frauenwissenschaft gehe über Betroffenenwissenschaft weit hinaus. Gefordert wird eine weibliche Wissenschaft, die Einheit von Theorie und Praxis, von Wissenschaft und politischer Aktion. Wissenschaft wird funktionalisiert, in den Dienst der »Selbstfindung« des weiblichen Geschlechts gestellt. Parteilichkeit wird Markenzeichen. Feministische Frauenforschung, die in ihrer Wissenschaftsgemeinschaft nur Frauen zulässt, die Kommunikation mit traditioneller (Männer)Wissenschaft aufkündigt, ist jedoch sektiererisch.

Ursula Männle, Professorin für Politikwissenschaft, ist Vorsitzende der Frauengruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.